

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die kleine Zeile 25 Pfg.
Kleinanzeige 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis

monatlich 70 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 2 Mark 10 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 45.

Donnerstag, den 17. April

1919.

Lebensmittel der französischen Armee für die Bevölkerung.

Die französische Armee verteilt seit einigen Tagen Mehl, Fett, Reis und Kartoffeln als Unterstützung an die Bevölkerung.

Verschiedene Zeitungsmeldungen haben in den letzten Tagen falsche Angaben über die so gelieferten Mengen gemacht. Deswegen warnen wir das Publikum vor solchen falschen Berichten.

Man hatte zuerst die Absicht, diese Unterstützung nur den Einwohnern der sehr bevölkerten Zentren zu gewähren. Die deutschen Behörden bemerkten aber, daß es sehr schwer sein würde, die Empfangsberechtigten von den andern zu unterscheiden, daß dieses einen großen Zeitverlust in der Verteilung verursachen würde und daß eine Bevorzugung Beschwerden hervorrufen würde.

Wegen diesen Gründen hat General Mangin beschlossen, die Unterstützung allen Versorgungsberechtigten zu verteilen. Da aber die Gesamtmenge der Lebensmittel, die die französische Armee entbehren kann, beschränkt ist, wird die einem jeden zustehende Menge kleiner sein, als es zuerst vorgesehen war. Die Menge wird aber für alle gleich sein und die Verteilung wird so bald wie möglich erfolgen.

Zur besonderen Beachtung.

Meldefakten für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Bricketts.

Die gewerblichen Verbraucher, die im Monat Mai 1919 mindestens 10 Tonnen Brennstoff benötigen werden und deren Betrieb sich im besetzten Gebiet der französischen Armee befindet, ausgenommen den Saarbezirk (Kreis Saarbrücken, Stadt und Land Ottweiler und Saarlouis) und die Rheinpfalz, müssen folgendes besonders beachten:

1. Brennstoffe dürfen nur an diejenigen Firmen oder Unternehmer geliefert werden, welche die Meldefakten genau nach den Vorschriften ausgefüllt und dieselben in der vorgeschriebenen Zeit und an die vorgeschriebenen Stellen geschickt haben.

Diese Meldefakten sind mit den nötigen Auskünften zu haben entweder bei der Wirtschaftsstelle oder deren Vertretungsamt für den Kreis des Antragstellers, oder bei der amtlichen Verteilungsstelle für den rheinischen Braunkohlenbergbau, Köln, Untersachsenhausen 5/7. Die Meldefakten müssen leserlich und in lateinischer Schrift geschrieben werden.

2. Die technischen Kontrolloffiziere der X. Armee haben festgestellt, daß eine große Anzahl der Meldungen falsch sind. (Der Bestand wird kleiner gemeldet als der wirkliche Bestand, der Verbrauch größer als der wirkliche Verbrauch usw.)

Die interalliierte Kommission für Brennstoffverteilung gibt noch einmal bekannt, daß diejenigen, welche falsche Meldungen machen, sich nach dem Paragraphen 15 der die Meldefakten begleitenden Bekanntmachung, eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark aussetzen und außerdem keinen Anspruch auf Bewilligung von Brennstoffen haben.

3. Der Betreffende hat noch folgende Angaben zu machen:

- wieviel Personen im März 1919 in dem Betriebe, auf den sich die Meldefakte bezieht, zur Reichsgesetzlichen Unfallversicherung angemeldet waren.
- die genaue Adresse der Firma oder des Unternehmers (Straße und Nummer in den Städten usw.).
- Die durch die Lieferung von Brennstoffen verursachten Beschwerden sind, mit den nötigen Angaben (Zahlen usw.).
- a. Sektion Economique de la Xe Armee (Service des combustibles) Hörsterplatz, Mainz.
- b. Wirtschaftsstelle oder deren Vertretungsstelle im Kreise des Antragstellers.
- c. Dem oder den Lieferanten.

Beschwerden werden nicht angenommen, wenn die Sektion Economique keine Meldefakte in ihrem Besitz hat.

Preuß. Landesversammlung.

Berlin, 11. April. Die Verhandlungen der preussischen Landesversammlung werden fortgesetzt mit drei Anträgen auf Aufhebung der gesetzlichen Schulaufsicht, Hebung der Volksschule und des Lehrerstandes.

Bermann (Deutschnat.) fordert die Aufhebung der gesetzlichen Schulaufsicht. Er mischachte gewiß nicht die Wirksamkeit der Geistlichen, aber die Schulaufsicht dürfe nur noch pädagogisch gebildeten Personen übertragen werden. Heute beziehen Lehrer nach 25jähriger Dienstzeit nicht soviel wie ein 10jähriger Arbeiter. Der Redner kritisierte scharf die Zustände der Landschulen, die Ueberfüllung der Klassen, die schlechte Beschaffenheit der Lehrerwohnungen.

Kultusminister Baensch: Ich freue mich über diesen schulerreformatorischen Eifer. Noch mehr hätte ich mich freilich gefreut, wenn der Abgeordnete Hermann seine Kritik schon vor einigen Jahren vorgebracht hätte, wo seine Freunde die Regierung beherrschten. (Widerspruch rechts.) Wenn Sie bestreiten, daß Sie bisher die regierende Partei waren, so heißt das die Sonne vom Himmel leugnen. Alles, was der Vorredner kritisierte, sind die Sünden des alten Regimes. Wir sind mit ihm überzeugt, daß das Wohl der Schule abhängt vom Wohl der Lehrer. Was die Regierung zur Hebung des Lehrerstandes tun kann, wird geschehen. (Beifall.) Es ist in diesen Tagen ein Entwurf fertiggestellt, der die Schulaufsicht generell aufhebt und allein die Kreis- und Stadtschulaufsicht durch Hausmänner einführt. Dieser Entwurf wird hoffentlich von dieser Versammlung bereits in den nächsten Wochen verabschiedet werden. Damit findet die Geschichte der Irrungen und Wirrungen des Novembererlasses in dieser Materie, der dann aus politischen Gründen von dem Präsidenten des Staatsministeriums wieder aufgehoben werden mußte, ihr Ende. Durch die angelegten Vorlagen, an deren Annahme hier nicht zu zweifeln ist, wird einem alten Wunsch der Lehrerschaft ohne Unterschied der Partei Rechnung getragen. (Lebhafter Beifall.)

Politisches.

Rücktritt Schiffers.

Weimar, 11. April. Finanzminister Schiffer hat sein Abschiedsgesuch eingereicht und der Abschied ist ihm bewilligt worden. Es ist im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zu übersehen, welche Konsequenzen dieser Schritt Schiffers für das Gesamtkabinett haben wird. Die Gründe für den Rücktritt Schiffers scheinen in seiner Unzufriedenheit mit der Geschäftsführung innerhalb des Kabinetts zu liegen.

Berlin, 13. April. Einem Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung hat der Minister Schiffer mitgeteilt, daß der Anstoß zu seinem Rücktritt der Umstand war, daß er sich in der Frage der Schaffung und Befestigung neuer Stellen im Etat nicht der Meinung anzuschließen vermocht habe, die schließlich das Uebergewicht erlangte. Seine Gründe zum Rücktritt lägen also mehr auf organisatorischem als auf finanziellem Gebiet. Der Vorwärts sagt zu dem Rücktritt Schiffers, seine außerordentliche rednerische Fähigkeit habe darüber hinweggetäuscht, daß er nicht der große Mann war, dem die Neuordnung der Reichsfinanzen gelingen konnte. Er sei ein guter Demokrat aber zu sehr liberaler von der alten Schule, als daß er dem sozialistischen Geist hätte Rechnung tragen können. Das Ziel seines Nachfolgers müßte sein, dem Volke zu geben, nicht nur zu nehmen. Dazu bedürfe es eines großzügigen, einheitlichen, von sozialem Geiste erfüllten Programms. Nur wer mit starker Hand der Sabotage des Kapitalismus, der sich nach den Kriegsgewinnen mit allen Mitteln der Besteuerung zu entziehen suche, auf den Leib rüde, habe Aussicht auf Erfolg.

Dernburg als Nachfolger Schiffers vorgeschlagen.

Weimar, 12. April. Die Demokratische Fraktion der Nationalversammlung nahm heute zu der durch den Rücktritt des Reichsfinanzministers Schiffer geschaffenen Lage Stellung. In einer beinahe sechsstündigen Beratung wurde zu allen Problemen der inneren Politik Stellung genommen. Darauf wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Minister Schiffer zu ersuchen, sein Rücktrittsgesuch zurückzunehmen und weiter im Amt zu bleiben. Für diese Vertrauenskundgebung dankte Minister Schiffer in bewegten

Worten und führte aus, die Entscheidung über diese Bitte schaffe ihm die schwerste Stunde seines Lebens, er lehne es aber energisch ab, seinen Rücktrittsentwurf aufzugeben. Daraufhin beschloß die Fraktion ebenfalls einstimmig, den früheren Staatssekretär im Kolonialamt, Dernburg, als Nachfolger Schiffers zu präsentieren.

Der 1. Mai als nationaler Feiertag.

Weimar, 12. April. Der Nationalversammlung hat der Präsident des Reichsministeriums einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der den 1. Mai zum nationalen Feiertag erklärt. Er soll im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag gelten. Auch dieser Gesetzentwurf zeigt, daß die Regierung Scheidemann gar nicht daran denkt, auf die Gefühle der bürgerlichen Mehrheit des deutschen Volkes irgendwelche Rücksicht zu nehmen, daß sie vielmehr nur auf die Massen der sozialdemokratischen Partei und diejenigen links von ihr bei ihrer Orientierung Rücksicht nimmt. Bei dieser Gelegenheit ist die Erinnerung interessant, daß bis jetzt die freien Gewerkschaften, die der Sozialdemokratie sehr nahe stehen, diese Einführung der Arbeitruhe am 1. Mai strikte abgelehnt haben, die die Regierung heute einführen will. Die Vorlage, die heute schon auf die Tagesordnung gesetzt war, begegnete lebhaftem Widerstand bei allen bürgerlichen Parteien, so daß man, um die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten zu vermeiden, sich einigte, die Beratung der Vorlage zurückzustellen. Dieser Zurückstellung wird hoffentlich die Zurückziehung der Vorlage durch das Kabinett folgen. Die Frage, wie es überhaupt möglich war, daß das Kabinett, in dem doch auch Vertreter der bürgerlichen Mehrheitsparteien sitzen, im jetzigen Augenblick, der gebieterisch die Einigung unseres Volkes fordert, eine derartige Parteivorlage der Nationalversammlung einbringen konnte, wird uns dahin beantwortet, daß die drei Zentrumsmänner für die Maifeier gestimmt haben mit dem Vorbehalt, sich mit ihrer Fraktion, die in ihrer überwiegenden Mehrheit dagegen ist, zu verständigen. Wie die demokratischen Minister gestimmt haben, läßt sich nur vermuten.

Wie der Rheinischen Zeitung aus Weimar gemeldet wird, ist die Sozialdemokratie entschlossen, die Maifeier zu einer Kabinettsfrage zu machen. Die Empörung der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder über die Haltung der Bürgerlichen sei groß. Ueberall höre man Stimmen, daß die Koalition mit den Bürgerlichen gesprengt werden müsse, wenn in dieser ideell so wichtigen Frage der Sozialdemokratie nicht die notwendigen Konzessionen gemacht würden. Wie die Köln. Volkszeitung aus Weimar erfährt, hat die Vorlage, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu erklären, „selbstverständlich“ keine Aussicht auf Annahme. Für das Zentrum sei es unmöglich, der Vorlage zuzustimmen.

Die Mai-Feier für Preußen abgelehnt.

Berlin, 12. April. In der preussischen Landesversammlung entspann sich heute am Schluß der Sitzung eine lebhafte Auseinandersetzung über die sozialdemokratischen Anträge, den 9. November und den 1. Mai als gesetzliche Feiertage einzuführen. Die Abstimmung mußte durch zwei Sammelsprünge erfolgen. Die erste Abstimmung ergab die Ablehnung des Maifeiertages mit 114 zu 112 Stimmen. Bei der zweiten Abstimmung, die den 9. November betraf, blieben alle bürgerlichen Parteien aus dem Saale. Infolgedessen wurde das Haus beschlußunfähig. Der Präsident setzte die nächste Sitzung auf den 6. Mai fest.

Ein parlamentarischer Abend.

Weimar, 12. April. In den Gesellschaftsräumen des großherzoglichen Schlosses fand gestern Abend ein Bierabend statt, zu dem der Ministerpräsident und die Reichsminister eingeladen hatten. Der Einladung hatten etwa 500 Personen Folge geleistet, darunter der Reichspräsident, das Ministerium, die Wehrzahl der Abgeordneten der Nationalversammlung und

Vertreter der Presse und der Weimarer Behörden. In angeregter Unterhaltung wurden in einzelnen interfraktionellen Gruppen die politischen Tagesereignisse besprochen. Den Hauptunterhaltungsstoff bildete natürlich der Rücktritt des Reichsministers Schiffer. Der Minister konnte sich am Abend kaum vor der Schar der Interpellanten retten, die ihn nach der Begründung seines Rücktrittsgesuches und nach der Unwiderrücklichkeit seines Entschlusses fragten. Herr Schiffer erzählte seinen Befragern, daß er an seinem Entschluß nichts zu ändern gedenke.

Wieder geordnete Verhältnisse in Württemberg.

Nach einer Bekanntmachung des württembergischen Staatsministeriums ist mit dem gestrigen Tage der am 1. April erklärte Belagerungszustand aufgehoben worden. Der vorher bestandene Rechtszustand ist wieder in Kraft getreten.

Sturz der Münchener Räteregierung.

München, 13. April. Die Regierung des Freistaates Bayern teilt mit, daß die Münchener Garnison die Räteregierung in München gestürzt und deren Gewalt Herrschaft beseitigt hat. Sechzehn Mitglieder des Zentralrats sind bereits verhaftet, darunter Mühsam und Dr. Wagner. Dr. Lipp ist gestern ins Irrenhaus geschafft worden. Die Verhafteten wurden nach Eichstätt übergeführt. Die Regierung hat den Mehrheitssozialistischen Abgeordneten Hans Vogel aus Fürth mit weitgehenden Vollmachten, die ihm die gesamte Zivil- und Militärvollzugsgewalt in München übertragen, dorthin geschickt und fordert die Bevölkerung auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Regierung zu stützen und die Wiederkehr der niedergeworfenen Gewalt Herrschaft für alle Zukunft unmöglich zu machen.

Der Funkspruch der Garnison.

Bamberg, 13. April. Einen grotesken Abschluß findet die erste Räteregierung in der Einsperrung ihres geistigen Hauptes Dr. Lipp in eine Irrenanstalt. Der Funkspruch der Garnison über die Umwälzung lautet: Die Garnison München hat sich gegen den Zentralrat erhoben. Die Garnison errichtet die Militärdiktatur und tritt für das Ministerium Hoffmann ein. Eine Aktion zur Wiedergewinnung der Hauptstadt ist eingeleitet und verläuft günstig.

Unterfranken, 12. April. Das Ultimatum des 2. bayerischen Armeekorps fand seine Erledigung dadurch, daß sich die Spartakiden-Revolutionäre in Aschaffenburg, Schweinfurt und Lohr ergaben. Infolgedessen konnte der Verkehr auf den unterfränkischen Strecken wieder aufgenommen werden. Schnellzüge fahren jedoch noch nicht.

Regensburg, 12. April. Aus dem Münchener Schnellzug heraus wurden von Sicherheitsmannschaften 50 Kommunisten verhaftet, die mit Maschinengewehren und Handgranaten bewaffnet, der Regensburger Räterepublik zu Hilfe eilen wollten.

Die Ermordung des sächsischen Kriegsministers. Ein Akt der Lynchjustiz.

Dresden, 12. April. Im Laufe von Demonstrationen der Verwundeten der Lazarett gegen den Kriegsminister Neuring drang eine aufgeregte Menge in das Kriegsministerium, ergriff den Kriegsminister, schleppte ihn auf die Straße, mißhandelte ihn sehr und stürzte ihn von der Brücke in die Elbe, wo er erschossen wurde.

Die Ursachen der Bluttat.

Dresden, 12. April. Wolffs Sächsischer Landesdienst meldet amtlich:

Heute kurz nach Mittag versammelten sich vor dem Ministerium für Militärwesen einige hundert Kriegsbeschädigte. Ihre Abordnung wurde vom Minister Neuring empfangen, ihre Wünsche angehört und ihre Erfüllung im allgemeinen zugesagt. Im Laufe der Zeit gesellte sich zu den Kriegsbeschädigten eine Anzahl zum Teil bewaffneter anderer Soldaten, die den Ein- und Ausgang zum Blockhaus hinderten. Gegen 2 Uhr drangen einige bewaffnete Soldaten in das Innere des Ministeriums ein. Ein im Ministerium als Ordonnanz angestellter unbedachter junger Soldat warf in seiner Verwirrung in diesem Augenblick zwei Übungshandgranaten in den Lichtschacht, die niemand verletzten und in ihrer Harmlosigkeit auch niemand verletzen konnten. Auf der Straße vor dem Blockhaus entstand das Gerücht, man habe dem Posten Weisung zum Werfen von Handgranaten gegeben. Dieses Gerücht war eine absolute Unwahrheit. Der Minister und seine Umgebung wurden vielmehr durch den Anfall ebenso überrascht als alle andern und mußten erst durch Nachforschung die Ursache feststellen. Der Soldat hat aus eigenem Entschluß unbedachtlich gehandelt. Auf dieses falsche Gerücht hin wurde der Minister Neuring auf bestialische Weise ermordet.

Die Persönlichkeit des Ermordeten.

Berlin, 13. April. Ueber den ermordeten sächsischen Kriegsminister Neuring wird dem Lokal-Anzeiger aus Dresden gemeldet, daß der Ermordete 1879 in Harburg als Sohn eines unteren Bahnbeamten geboren wurde, Arbeiter war, dann Bezirksleiter des Verbandes der

Fabrikarbeiter Deutschlands für Sachsen wurde und darauf bei der Revolution wichtige Ämter bekleidet hat. Seit dem 21. Januar war er Kriegsminister.

Die Zukunft des Rheins.

Paris, 13. April. Hiesige Blätter berichten, daß in den maßgebenden französischen Kreisen über die bisherigen Sitzungsbeschlüsse der Friedenskonferenz über die Neutralisierung des linken und eines Teiles des rechten Rheinufers die größte Befriedigung herrsche.

Der frühere Kaiser.

Amerongen, 13. April. Einer Reuter-Meldung zufolge beabsichtigt der Gemeinderat von Amerongen, den früheren deutschen Kaiser mit 80 Millionen zu besteuern. Es heißt, daß der frühere Kaiser das große Gut „Klein England“ gekauft habe. Der Kaiser und die Kaiserin befänden sich wohl. In Amerongen wurden scharfe Schutzmaßnahmen getroffen, da man Zwischenfälle befürchtet.

Beendigung des Bergarbeiterstreiks.

Die Konferenz der Vertrauensleute und des Aktionsausschusses des deutschen Bergarbeiterverbandes beschloß am Freitagabend mit 317 gegen 82 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit unter folgenden Bedingungen: 1. Die Siebenstundenschicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann unter Fortzahlung der bisherigen Löhne wird sofort eingeführt, 2. die Regierung beruft eine Kommission, die die Frage der Einführung der Sechstundenschicht prüfen und geeignete Vorschläge machen soll, 3. daß eine bessere Versorgung der Industriebezirke mit Lebensmitteln baldigst eintritt, 4. daß die Krankengelder im allgemeinen erhöht werden, so daß in der höchsten Klasse mit drei Kindern ein Krankengeld von 10.50 M gezahlt und das Sterbegeld erhöht wird, 5. daß die Feuerungszulagen für die bedürftigen Reichsinvaliden, die Witwen und Waisen zu verdoppeln sind.

Aus den vorliegenden Meldungen geht hervor, daß der Streik im Abflauen ist. In 15 bis 20 Bergrevieren nahm die Zahl der Ausständigen ab. Die Belegschaften dreier Zechen des sächsischen Reviers sind vollständig angefahren. Aus Bochum, Essen und Duisburg liegen Meldungen vor, wonach die Zahl der Arbeitswilligen schnell und ständig im Wachsen ist.

Aus nah und fern.

Idstein, den 16. April 1919

Der Palmsonntag leitete die Osterwoche ein. In der evangelischen Kirche wurden an diesem Tage durch Herrn Dekan Ernst 77 Konfirmanden vorgestellt. Die Konfirmation findet am 2. Osterfesttag statt. — Morgen ist Gründonnerstag, dieser wurde etwa im 7. Jahrhundert n. Chr. zum Gedächtnis der Einsetzung des hl. Abendmahls als Festtag in den christlichen Kalender eingeschaltet und gilt seitdem als christlicher Feiertag, wenn auch als solcher zweiter Ordnung. — Der Karfreitag zieht auch in diesem Jahre nicht weniger Ernst und feierlich über Deutschland herauf als in den vorangegangenen vier Kriegsjahren. Echte Christenherzen empfinden auch in diesem Jahre die tiefe innere Bedeutung dieses Tages für die ganze Christenheit, und fast ist es, als ob gerade heute der Karfreitag noch ernster und eindringlicher zu uns spräche. Ob die Leidenszeit des Heilandes, ob sein Tod am Kreuze heute überhaupt noch imstande sind, den moralischen Einfluß auszuüben, den unsere christliche Lehre beabsichtigt? Der entsehlene Tiefstand der Moral fast unseres gesamten Volkes, so wie er sich zurzeit in Tausenden bählichen Einzelercheinungen zeigt, kann wohl kaum noch unterboten werden.

Gewerbliche Fortbildungsschule. Am Freitag nachmittag fand die Entlassung des ältesten Jahrganges der gewerblichen Fortbildungsschule nach vorangegangener Prüfung statt. Zu derselben hatten sich einige Herren des Magistrats, der Vorstand des Lokalgewerbevereins und sämtliche Lehrer eingefunden. Die Schüler bewiesen bei Erledigung der gestellten Aufgaben, daß die Lehrkräfte sich alle Mühe gegeben hatten, sie etwas Tüchtiges zu lehren. Im Auftrage des Zentralvorstandes wurden die Schüler Arbeit, Richter und Schütz mit Diplomen ausgezeichnet. Herr Lehrer Grün hielt eine längere Ansprache an die nun in die Welt tretenden jungen Gesellen. Neben den Buchführungsbeisten waren auch die Zeichnungen zur Besichtigung ausgelegt. — Es wäre zu wünschen, daß die Herren Lehrmeister sich auch mehr an der Prüfung beteiligen wollten, denn für die Schüler wird es ein nicht zu verachtender Ansporn zur Aufmerksamkeit beim Unterricht sein, wenn sie sich sagen, bei der Prüfung ist auch mein Meister zugegen und da will ich mit Ehren bestehen.

Geldverkehr. Vom 10. April ab ist die Mainzer Filiale der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) als befähigte Bank für den Geldverkehr zugelassen worden.

Eine Reichsgrundsteuer. Eine Korrespondenz meldet, daß sich unter den neuen Steuerplänen auch eine vom Reich zu erhebende Grundsteuersumme befindet. Sie soll bei sonstigem Umfah für Häusergrundstücke und Ackerland erhoben werden, und zwar in Höhe von 4 v. H. vom Umfah. Die bisher bestehenden Grundsteuersummen der Einzelstaaten und Gemeinden sollen zugunsten des Reichs aufgehoben werden. Bis her erhob das Reich zu den Grundsteuersummen der Einzelstaaten und der Gemeinden einen Zuschlag von zwei Achtel v. H. Zum Ersatz für den Ausfall ihrer eigenen Steuern würden die Einzelstaaten und Gemeinden einen Anteil der Reichsteuern erhalten.

Keine Sommerzeit im unbefestigten Deutschland. Die Nationalversammlung hat am Freitag mit großer Mehrheit den Gesetzentwurf betreffend Regelung der Sommerzeit abgelehnt. Somit wird es im unbefestigten Deutschland zur Einführung der Sommerzeit vorerst nicht kommen.

Waren aus Frankreich und dem Elsaß. In letzter Zeit haben in Mainz verschiedene französische Firmen Verkaufsbüros eingerichtet, um die Handelsbeziehungen mit den hiesigen Geschäften wieder herzustellen. In den Geschäften bemerkt man bereits Waren französischen Ursprungs. So kostet 72prozent prima Kernseife jetzt 450 Gr. M 5.75 bis M 6.75, eine andere Sorte 1000 Gr. M 16.50. Wenn man in Betracht zieht, daß Kernseife vor kurzem noch M 12.— das Pfund kostete, so kann man immerhin einen Rückgang der Seifenpreise feststellen, wenn auch gegen Friedenszeiten der heutige Seifenpreis immer noch um etwa 2000 Prozent höher ist. Gläser Gembentuch wird jetzt mit M 7.90 und M 9.75 das Meter, 85 Jtm. Breite angeboten. Zephir kostet M 12.—, Handtuchstoff M 8.50 das Meter, Kleiderstoffe und Baumwollwaren sind aus dem Elsaß eingetroffen. Auch findet man wieder Oelfarben, Feigen, Kastanien, Schokolade, Olivenöl usw. in den Lebensmittelgeschäften.

Abschluß des Tarifvertrages für das Baugewerbe. Nach Vereinbarung mit dem Mitteldeutschen Arbeiterverband ist ein einheitlicher Tarifvertrag abgeschlossen, der die Löhne wie folgt regelt: Ab 1. April

für Maurer und Zimmerer 2 M, für Bauhilfsarbeiter 1.90 pro Stunde; ab 15. Mai für Maurer und Zimmerer 2.20 M, für Hilfsarbeiter 2.10 M pro Stunde. In diese Lohngruppe gehören folgende Wohngebiete: Frankfurt a. M., Höchst, Griesheim, Offenbach, Hanau, Wilhelmsburg, Dornburg, Oberursel, Wühlheim, Langen, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Rüsselsheim, Groß-Gerau, Kassel und Umgegend.

Niederrhausen, 12. April. Ein geistliches Konzert findet am Karfreitag, nachmittags 5 Uhr, in der hiesigen evang. Kirche unter Mitwirkung der Kirchen- und Konzertkammer Fräulein Paula Albert-Wiesbaden, der Frau Hauptmann Binder-Wiesbaden und hiesiger Kräfte statt. Den Einwohnern, ohne Unterschied der Konfession, wird damit nach langer Zeit wieder einmal ein seltener Kunstgenuss geboten. Zur Vertretung der hohen Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 1 Mark pro Person ohne Ausnahme erhoben.

Niederrhausen, 12. April. Vom 16. April ab verkehrt wieder täglich ein Autokombi zwischen Reichenberg und Königstein, was von den Taunusbefahrern sicher freudig begrüßt wird.

Wiesbaden, 12. April. Am 31. März 1919 fand die Revision in der Sache Philippi in Leipzig statt. Das Reichsgericht hat in der Bestechungssache das freisprechende Urteil der Strafkammer bestätigt. Dagegen wurde die Angelegenheit wegen zu hoher Preise aus formellen Gründen zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Frankfurt a. M. verwiesen.

Mainz, 10. April. Die „Volkszeitung“ schreibt: Die Firma Louis Busch in Mainz, über deren Kriegsgewinne seit Anfang des Krieges die phantastischsten Gerüchte umliefen, läßt in einem Schreiben an die Presse und ihre Gläubiger mitteilen, daß „sie infolge der unglücklichen Gestaltung der Verhältnisse ihre Zahlungen eingestellt hat.“ Dem Fiskus steht eine Forderung in Höhe von 2½ Millionen Mark für Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 zu. Der Fiskus hat sich aber, wie es in dem Schreiben heißt, mit der Eintragung einer Nachhypothek auf den Privatgrundbesitz auf dem Michelberg begnügt und gibt das übrige Vermögen für die Gläubiger frei.

Mainz, 12. April. Die „Mainzer Volkszeitung“ berichtet: Dem Versorgungssamt für das besetzte hessische Gebiet sind aus französischen Beständen beträchtliche Kartoffelmengen für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden, die ihren Kartoffelbedarf durch Karten deckt. Infolgedessen ist es möglich, in der Woche vom 13. bis 19. April l. Js. jedem Kartoffelbesitzer statt der bisherigen Wochenration von fünf Pfund für die Person 14 Pfund Kartoffeln zu verabfolgen. Die hiesige Bevölkerung wird diese erhebliche Verbesserung der Ernährungsverhältnisse zweifellos dankbar begrüßen.

Höchst a. M., 12. April. Wie das „H. Anz.“ erfährt, haben französische Truppen heute Morgen unseren Nachbarort Griesheim a. M. militärisch besetzt.

Ried, 10. April. Ein „hoffnungsvoller“ Sohn ist der 17-jährige Heinrich der Familie H. hier. Derselbe war in einer Erziehungsanstalt untergebracht. Auf Veranlassung seiner Eltern wurde er kürzlich auf einige Zeit nach Hause beurlaubt. Zum Dank dafür stahl er am Samstag mittag aus dem Vertikow 4000 Mark (!) darunter mehrere hundert Mark Silbergeld, und verschwand damit.

Schwannheim, 11. April. Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige erste Gemeindefunktionär Herr Josef Esser mit 13 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein Konkurrent, Oberstadtschreiber Gläser von Frankfurt erhielt 10 Stimmen.

Schwannheim, 8. April. Bis vor 6 Jahren hatte die Gemeinde das schöne Vorrecht, unter allen Orten der Umgegend die niedrigsten Steuern zu zahlen. Damals betrug der Steuerfuß für die Gemeindeeinkommensteuer 60 und für die Realsteuer 80 Prozent. Der Haushaltsplan glied sich in Einnahmen und Ausgaben mit 375000 M aus. Seit 1913 sind die Steuern gewaltig in die Höhe geklettert. Für 1919 kommen zur Erhebung: 125 Proz. Einkommensteuern, 150 Proz. Grundsteuern, 160 Proz. Gewerbesteuern und 100 Proz. Betriebssteuern. Der Haushaltsplan 1919 steht 1470000 M Einnahmen und Ausgaben vor, also die vierfache Summe innerhalb 6 Jahren.

Frankfurt a. M., 9. April. Die 18—20 Zimmer umfassende Dienstwohnung des bisherigen Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium wurde von etwa 100 Mann der Hilfspolizei zu Übernachtungs- und Aufenthaltsräumen in Benutzung genommen.

Frankfurt a. M., 10. April. Die kostbare Büchersammlung des 1914 verstorbenen Soziologen Dr. Schnapper-Andt wurde von dessen Witwe der Stadtbibliothek geschenktweise zugewiesen. Unter der Sammlung befinden sich auch die nur noch in wenigen Exemplaren vorhandenen ersten Borne-Ausgaben.

Bad Homburg v. d. H., 9. April. Eine interessante englisch-deutsche Allianz wurde hier geschlossen. In der katholischen Kirche fand die Trauung der Prinzessin Louise zu Solms-Braunfels mit dem englischen Maler James Pittairen Crowles durch den katholischen Pfarrer Hubert Kraft Graf von Straßburg aus Braunfels a. B. statt.

Frankfurt a. M., 10. April. Fabrikbesitzer Victor Kouslet stiftete aus Anlaß seines Ausscheidens aus der Fabrik L. K. Kouslet den Arbeitern und Angestellten der Firma 30000 Mark. Die gegenwärtigen Inhaber der Fabrik, Eduard und Eugen Kouslet, überwiesen jedem Angestellten und Arbeiter für jedes Tätigkeitsjahr in dem Betriebe 10 Mark.

Darmstadt, 12. April. In der hiesigen Volkskammer teilte am Mittwoch der Ministerpräsident Ulrich mit, daß die Landwirte im Kreis Bensheim in den Ausland getreten seien und zu dem angelegten Viehaufruf nicht ein einziges Stück Vieh angetrieben worden sei. Die Stimmung, die dadurch in der Bevölkerung erzeugt worden sei, sei gerade gefährlich. In den Arbeiterkreisen herrsche eine große Erregung gegen die Landwirte und es seien Gewaltmahnungen zu befürchten. Die Folgen könne niemand übersehen. Angeleglich soll sich der Streik gegen den Viehhandelsverband richten.

Darmstadt, 9. April. Ein größerer Teil des Exerzierplatzes wird zu Kleingärten von je 400 bis 500 Quadratmeter an Interessenten verpachtet.

Rüsselsheim a. M., 10. April. Wegen Lohnminderungen ist gestern nachmittag der Betrieb in den westbalkanischen Opelwerken völlig eingestellt worden. Die Ar-

Beiterschaft hatte neben der Verkürzung der Arbeitszeit gleichzeitig eine wesentliche Lohnerhöhung gefordert. In einer zwischen dem Besitzer und der Lohnkommission der Arbeiterchaft stattgehabten Aussprache erklärte sich die Firma Opel dazu bereit, die tägliche Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden auf 8 Stunden herabzusetzen, weigerte sich aber entschieden, gleichzeitig die Löhne in der geforderten Weise zu erhöhen. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, schloß die Firma den ganzen Betrieb. Damit sind Tausende von Arbeitern von hier und der Umgegend arbeitslos geworden.

Rüsselsheim, 12. April. In den Opelwerken wird die Arbeit am Montag wieder aufgenommen.

Oberstein-Idar, 9. April. Durch einen Stich ins Herz hat sich der Spezialarzt für Augenleiden Dr. M. hier selbst das Leben genommen. Die Gründe zur Tat werden mit der Verhaftung seiner Haushälterin in Verbindung gebracht, die sich seit 3 Wochen in Untersuchungshaft befindet. Es wird ihr zur Last gelegt, daß sie gegen den aus dem Leben Geschiedenen einen Giftmord versucht haben soll.

Saarburg, 9. April. Vor einigen Tagen war der hiesige Bahnhofsvorsteher Schleiffer ermordet worden.

Jetzt stellt es sich heraus, daß seine Frau die Täterin ist. Diese soll geflüchtet sein.

Berlin, 13. April. Im Circus Busch hielten heute die streikenden Bankbeamten eine Versammlung ab, die von 6000 Personen besucht war. Ferner fand heute eine Ausgleichsverhandlung über die Streiks in der Metallindustrie und bei den Banken vor dem Vollzugsrat statt, unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth. Die Arbeitgeber der Metallindustrie waren vertreten, die Bankleitungen nicht. Die Einigung scheiterte bisher an der Forderung des Mitbestimmungsrechts. Die Streikenden wurden aufgefordert, ihre Bedingungen noch einmal genau festzulegen. Daraufhin hat der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten ein Notgesetz vorgelegt, das bis zum Erscheinen des von der Nationalversammlung zu erwartenden Gesetzes sofort in Kraft treten sollte. Es enthält die Forderung der Bildung von Betriebsräten auf die Dauer von zwei Jahren. Diese Betriebsräte sollen ihre Geschäftsordnung selbstständig festlegen. Ihr Wirkungsbereich sollen Fragen des Arbeitsbetriebs betreffen. Alle Verfügungen der Betriebsleitung sollen des Einverständnisses der Betriebsräte bedürfen. Insbesondere müsse das Mitbestimmungsrecht gewährleistet sein. Diese Forderungen

können als die gemeinsam von den Angestellten der Metallindustrie und von den Bankbeamten eingebrachten angesehen werden.

Berlin, 11. April. Das erste halbe Pfund ausländisches Weizenmehl wird in Berlin in der Woche vor Ostern ausgegeben werden. Den Preis des Auslandsmeihls hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin auf 1,00 für das halbe Pfund festgesetzt. Die Gemeinden beziehen das Mehl zu 2 Mark das Pfund von der Reichsgetreidestelle. Das Reich hat diesen Preis so hoch festgesetzt, um, wie der Reichsernährungsminister in der preussischen Landesversammlung am 29. März erklärt hat, eine Steigerung des Brotpreises zu vermeiden, da unsere unzureichenden Inlandsbestände später auch bei der Brotherstellung durch Auslandsmehl ergänzt werden.

* Der Streik im Saargebiet. Auf verschiedenen Gruben im Saargebiet ist am Montag morgen ein Teil der Belegschaften wieder angefahren. Die Verhandlungen zwischen dem franz. Aufsichtsdiens, den Bergwerksdirektionen und den Vertretern der Organisationen werden fortgeführt.

Bericht

über die

Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Idstein für das Rechnungsjahr 1917.

Erstattet in der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. April 1919 gemäß § 66 der Städteordnung.

(Schluß).

2. Staatliche Baugewerkschule.

Die Schule wurde in 1917 besucht:

im Sommerhalbjahr von 19 Schülern, davon 19 Hochbau und keiner Tiefbau, im Winterhalbjahr von 30 Schülern, davon 30 Hochbau und keiner Tiefbau. Der Zuschuß, welchen die Stadt zu dieser Schule zu leisten hat, beträgt wie seither jährlich 5000 Mark, sowie Stellung und Unterhaltung des Schulgebäudes. Die Zinsen und Tilgungsraten der für den Neubau des älteren Schulgebäudes aufgenommenen Schuld von 158 000 Mark beträgt 8405 Mark, der Schuld für den Anbau in Höhe von 138 000 Mark = 7590 Mark, zusammen 15 995 Mark, an Unterhaltungskosten wurden verausgabt 156,29, so daß die Stadt nach Abzug der ihr vom Bezirksverband bewilligten Beihilfe von 3300 Mark und der Miete der Direktorenwohnung von 720 Mark im Berichtsjahr 17 131,29 Mark für diese Schule beigetragen hat.

3. Gewerbliche Fortbildungsschule.

Zum Schulbesuch verpflichtet ein Ortsstatut. Die Schülerzahl im Schuljahr 1917 betrug:

- a. in der Sonntagschule 26 Schüler, Herr Malermeister Weiterer.
b. in der Fortbildungsschule (Abendschule)

1. Klasse 17 Schüler, Herr Lehrer Frank
2. Klasse 18 Schüler, " " Grün
3. Klasse 19 Schüler, " " Rektor Ziemer

- c. in der Vorbereitungsschule 25 Schüler, Herr Malermeister Weiterer.

Der seitens der Stadt zu leistende Zuschuß beträgt im Berichtsjahr 626 Mark, außerdem stellt die Stadt Heizung und die Lehrsäle. Der Barzuschuß zu dieser Schule wurde im Berichtsjahre von 400 Mark auf 600 Mark erhöht.

4. Kleinkinderschule.

Der städtische Zuschuß und die Unterhaltung betragen im Jahre 1917 ausschließlich des gelieferten Brennholzes 196,27 Mark.

Die Schule wurde im Berichtsjahre von 50 Kindern besucht. Die Stadt gewährt dieser im Jahre 1849 gegründeten Schule dadurch Unterstützung, daß sie derselben ein zu diesem Zwecke erbautes Gebäude unentgeltlich zur Verfügung stellt und einen Zuschuß von 100 Mark zur Befoldung der Lehrerin beiträgt, welcher Betrag in dem vorgenannten Zuschuß schon enthalten ist.

5. Landwirtschaftliche Winterschule.

Der Unterricht fiel im Berichtsjahre aus und wurde ein Zuschuß der Stadt aus diesem Grunde hinfällig.

9. Kanalisation.

Auch in diesem Berichtsjahre wurde selbstverständlich von der Ausführung der Kanalisation abgesehen.

10. Straßen und Wege.

Es wurden außer den ständigen Unterhaltungsarbeiten wegen Mangel an Material und Arbeitskräften keine der im Haushaltsplan vorgesehenen Arbeiten vorgenommen und diese bis zum Eintritt normaler Zeiten zurückgestellt.

Straßenbeleuchtung.

Im Berichtsjahr hat die Stadt hierfür an das Elektrizitätswerk 2000 Mark gezahlt, pro Laterne 25 Mark.

11. Wasserwerk.

Die Betriebsrechnung für 1. April 1917/18 ergibt:

1. Einnahmen:

a. Wassergeld	M 14 967,30
b. Wassermessermiete	M 2560,50
c. für neue Hausanschlüsse	M 203,89
d. Wassergeld und Messermiete bei Bauten etc.	M 3,12
e. Erlös für Gras, Frucht und Obst von den Wiesen in der Wassergewinnungsanlage u. dem Acker am Hochbehälter	M 1022,70
Summa der Einnahmen:	M 18 757,51

2. Ausgaben:

a. Zinsen und Tilgungsraten des Baupitals (einschließlich der von der Stadt Wiesbaden gezahlten 60 000 Mk.)	M 7 269,04
b. Gehalt des Rohrmeisters	M 715,—
c. für neue Hausanschlüsse und Unterhaltung des Wasserwerks	M 345,28
d. Kosten des Pumpwerks	M 1 228,66
e. Anschaffung und Reparatur von Wassermessern	M 227,15
f. Arbeiten an den Wiesen im Bach und am Acker am Hochbehälter	M 211,40
g. Sonstige Kosten	M 49,41
Summa der Ausgaben:	M 10 045,94

Die Einnahmen betragen M 18 757,51

Die Ausgaben betragen M 10 045,94

Mithin Mehr-Einnahmen: M 8 711,57

Angeschlossen waren in 1917 zusammen 428 Häuser und 4 Gärten = 432 Anschlüsse gegen 428 im Vorjahr.

Der Jahresverbrauch an Wasser betrug:

a. der Häuser und Gärten 45838 cbm.

b. der Bauten usw. 10 cbm.

zusammen 45848 cbm.

Das Pumpwerk war im Berichtsjahr an 175 Tagen in Betrieb. Der Gesamtverbrauch betrug im Berichtsjahre 83 cbm. je Tag.

12. Krankenhaus.

Das städtische Krankenhaus war im Berichtsjahre mit 148 Kranken belegt. Die Betriebsrechnung ergibt:

Einnahmen:

	1916	1917
a. Krankenpflegekosten und Verbandsstoffe	M 15 905,02	M 12 005,81
b. Erlös aus verpachtetem Grundbesitz	M 350,—	M 362,—
c. für Desinfektion und Auran	M 770,64	M 325,27
d. Reste aus dem Vorjahre	M 298,85	—,—
Summe der Einnahmen	M 17 324,51	M 12 693,08

Ausgaben:

	1916	1917
a. Besoldungen und Löhne	M 2 314,24	M 2 350,—
b. Ankauf der Lebensmittel	M 7 575,59	M 6 570,07
c. Kosten der Heizung und Beleuchtung	M 3 167,08	M 2 133,44
d. Instrumente und Mobiliar	M 351,81	M 171,86
e. Gebäude- und Grundstücksverwaltung	M 920,85	M 376,88
f. Desinfektionen	M 468,—	M 326,90
g. für Medikamente, Verbandsstoffe usw.	M 382,15	M 717,38
h. Telefongebühren	M 199,66	M 145,96
i. Insgesamt	M 1 230,54	M 751,41
Summe der Ausgaben:	M 16 609,92	M 13 543,90

Die Einnahmen betragen M 17 324,51 M 12 693,08

Die Ausgaben betragen M 16 609,92 M 13 543,90

Mithin Zuschuß der Stadt —,— M 850,82

Im Berichtsjahre ergibt sich dagegen eine Mehreinnahme von M 714,59.

Die Zinsen und Tilgungsraten der für den Krankenhausbau aufgenommenen Passiv-Kapitalien betragen:

a. von 15 000 M (Versicherungsanstalt Cassel)	M 675,—
b. von 27 000 M (Hessische Landesbank)	M 1 620,—
c. von 4 000 M (dieselbe)	M 200,—
zusammen	M 2 495,—

so daß nach Abzug der obengenannten Mehreinnahme von M 714,59

der im obgelaufenen Rechnungsjahr für das Krankenhaus zu

leistende Gesamtzuschuß beträgt M 1 780,41

Als Zuschuß der Stadt zu den Betriebskosten waren im Etat für 1917 vorgelesen 2000 M, während nach vorstehender Berechnung dieser Zuschuß nicht nur erpart, sondern sich noch eine Mehreinnahme von 714,59 M ergibt. Der Gesamtzuschuß der Stadt zum Krankenhaus hat sich von 3345,82 M im Vorjahre auf 1780,41 M im Berichtsjahre ermäßigt.

Kriegswirtschaftliche Maßnahmen und Kriegsleistungen der Stadt.

Im Berichtsjahre mußte die Stadt, da ja in den Geschäften Lebensmittel nicht mehr zu erhalten waren, die gesamte übrige Lebensmittelversorgung übernehmen; sie hat sich nach jeder Richtung hin bemüht, alle diejenigen Lebensmittel, die zu erhalten waren, für die Ernährung der hiesigen Bevölkerung zu beschaffen. Es wurden zwei städtische Grundstücke mit Kartoffeln und ein vom Hof Gassenbach gepachtetes Grundstück von ca. 27 Morgen mit Erbsen bestellt, welche einen Ertrag von 175 Ztr. ergaben, die nach Abzug des Saatgutes für 1918 an die Einwohner und zwar auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung 7 Schoppen und an die Landwirte, welche keine Erbsen gezogen hatten, 4 Schoppen zum Preise von 25 Pfg. je Schoppen abgegeben wurden. Der Gesamtumschlag an Lebensmitteln betrug im Berichtsjahre 300 906 M und entfielen davon auf Mehl 44 901 M, Gemüse 14 906 M, Handelsläse 11 471 M, Eier 16 719 M, Butter 92 791 M, Kartoffeln 16 423 M, Freibrot 8 459 M und an sonstigen Lebensmitteln 95 236 M.

Die sämtlichen Lebensmittel wurden an die Einwohner bzw. an die einzelnen Geschäfte zum Selbstkostenpreis abgegeben. Aus der ganzen Lebensmittelverwaltung ist der Stadt selbst irgend ein finanzieller Vorteil nicht erwachsen.

Die Kreisschlächtere schließt ab mit einer Einnahme von 163 475,54 M und einer Ausgabe von 162 974,18 M mithin ein Ueberschuß von 501,36 M. Diese Einnahme mit denjenigen für Lebensmittel zusammen gerechnet, ergibt einen Gesamtzuschlag für Lebensmittel von rt. 465 000 M. Futtermittel wurden für 9133 M beschafft. In dem Titel „sonstige Ausgaben“ sind im Berichtsjahre ausschließlich der Kreisschlächtere, für welche besondere Buchführung eingerichtet ist, zusammen verausgabt worden rt. 479 000 M. In diesem Betrag sind außer dem dorerwähnten für Lebensmittel mit 300 906 M und Futtermittel mit 9133 M noch die Beträge für von den hiesigen Landwirten abgeliefertes und versandtes Getreide enthalten, sowie der auf die Stadt entfallende Zuschuß einschließlich desjenigen zur Hausmiete für die hiesigen Kriegerfamilien im Betrage von 18 220,33 M.

Die finanziellen Verhältnisse waren auch in diesem Berichtsjahre wieder sehr günstige, trotz der im Etat nicht vorgesehenen Beträge für die erwähnten Kriegsmassnahmen, wie Kriegsunterstützungen und großer Ausfälle an Gemeindesteuern durch Befreiung der Kriegsteilnehmer mit einem Einkommen bis zu 3000 M im Betrage von 5640 M und im Rückgang vieler anderer regelmäßiger Einnahmen und Konten, wie im Bericht schon erwähnt, an Kriegsanleihen 60 000 M gezeichnet und die Annuität mit 13696 M bezahlt werden, so daß dies ein Vermögenszuwachs im Berichtsjahre von 73696 M ergab. Dies alles war nur möglich, dadurch, daß bei Holz und Lohrinde ein bedeutender Mehrerlös erzielt wurde.

Idstein, den 2. April 1919.

Der Magistrat:
Leichtfuß, Bürgermeister.

Kartoffelnot.

Bitte!

Die uns zur Genüge bekannten Verhältnisse haben im laufenden Wirtschaftsjahr leider in vielen Gemeinden des Kreises eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln nicht ermöglicht. Hinzu kommt die allgemein beobachtete Kartoffelfäulnis, wodurch die den einzelnen versorgungsberechtigten Haushaltungen zugewiesenen Kartoffeln vorzeitig aufgezehrt werden. Besonders leiden hierunter die aus dem Felde zurückgekehrten Krieger.

Aus wirtschaftlichen Gründen sind vor der Aussaat Eingriffe in die landwirtschaftlichen Betriebe, zur Behebung der Kartoffelnot, nicht möglich.

Von Seiten der französischen Verwaltung sind Zuweisungen an Kartoffeln hier nicht zu erwarten, da zuerst die städtischen Bezirke des besetzten Gebietes versorgt werden sollen. In vielen Gemeinden des Kreises, mit vorwiegend Arbeiterbevölkerung, herrscht zur Zeit große Kartoffelnot. Es stehen Leben und Gesundheit unserer Mitmenschen auf dem Spiele, wenn nicht schnell geholfen wird. In dieser Not wende ich mich an die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer des Kreises. In jedem Betrieb können wohl ohne Schädigung des eigenen Haushaltes und Betriebes, sowie der Aussaat noch einige Kartoffeln für unsere leidenden Mitmenschen abgegeben werden.

Ich lasse den Gemeindevorständen Einzelnungslisten in den nächsten Tagen zugehen. Die einzelnen Betriebsunternehmer können darin vermerken, was sie freiwillig abgeben wollen. Die Liste kann ich wohl bis Ende kommender Woche erwarten. Bei Vorlage der Listen bitte ich die Gemeindevorstände, anzugeben, wieviel von den freiwillig gezeichneten Kartoffelmengen in der eigenen Gemeinde zur Durchhaltung der versorgungsberechtigten Bevölkerung gebraucht werden und was für auswärtige Gemeinden angerufen werden kann.

Bei der während des Krieges immer beobachteten Opferfreudigkeit der Landwirte des Kreises, hoffe ich auch in diesem Falle keine Fehlbesitzung zu tun. Es handelt sich um Befestigung eines dringenden Notstandes.

Langenschwalbach, den 10. April 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Milchablieferung.

Seitens einiger hiesiger Landwirte ist die Abgabe von Milch verweigert worden, trotzdem erst am 8. d. Mts. die Ablieferungsfrist durch eine besondere Kommission von Sachverständigen festgesetzt worden ist. Es war hierdurch in dieser Woche nicht möglich, einer Anzahl kranker Einwohner die ihnen von der Kreisprüfungsstelle gewährte Milchzulage zu liefern. Die betreffenden Landwirte sind der zuständigen Behörde gemeldet worden und wird Befristung erfolgen. Wir werden für die Folge jeden Lieferungspflichtigen zur Anzeige bringen, welcher die Abgabe der von der Kommission festgestellten Milchmenge verweigert.

Am Donnerstag, den 17. d. Mts., morgens von 8 Uhr an fährt ein Wagen zur Aufnahme des Urates durch die Stadt.

Idstein, den 16. April 1919.

Der Magistrat:

Beichtfuß, Bürgermeister.

Holzversteigerung

Samstag, den 19. April d. Js., vormittags 9 Uhr anfangend, kommt im hiesigen Gemeindevald, in

Distrikt 9 d Zugmantel

und in den Distr. Klippel Heck, Frost- und Nehlbaum folgendes Holz zur Versteigerung:

10 rm buchen Rollschrit
100 " Knüppel
115 " eichen
5480 buchen Durchforstungswellen
700 eichen Wellen.

Anfang im Distrikt Zugmantel, nahe der Hühnerstraße.

Ehrenbach, den 13. April 1919.

Rücker, Bürgermeister.

Unsere Kasse ist wie jedes Jahr am Samstag, den 19. April nachmittags geschlossen.

Vorschuss-Verein Idstein.

Alle Sorten

Cederschuhe

auch in Kindleder, weiße Kinderschuhe in Leder, von Nr. 22 bis 35, Tuschpangenschuhe und eine Partie Holzschuhe mit Leder, unter Einkaufspreis zu haben

Kaffeeasse 6.



Reiner deutscher

Schäferhund

(Marke) wachsam in nur gute Hände zu verkaufen. Zu erfr. W. Ch. Roos, Oberrod.

Dankagung.

Nur auf diesem Wege.

Für die uns erwiesene herzliche Teilnahme bei dem Tode meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Herrn Philipp Kettig

sagen innigen Dank.

Idstein, den 15. April 1919.

Im Namen der Angehörigen:

Friederike Kettig geb. Thyrion.

Vorschuss-Verein zu Idstein

e. G. m. u. H.

Zeichnungen,

auf die zur Neu-Ausgabe gelangenden:

4% Nass. Landesbank Obl. 26. Ausgabe zum Kurse von 99%.

4% Wiesbadener Stadtanleihe Buchst. H v. Jahre 1919 zum Kurse von 93 1/2%.

4% Anleihe der Stadt Coblenz v. Jahre 1919 zum Kurse von 94%.

werden von uns zu den Originalbedingungen entgegen genommen.

Gleichzeitig bringen wir überhaupt den An- u. Verkauf sämtlicher Wertpapiere, zu den günstigsten Bedingungen in empfehlende Erinnerung.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Hiermit die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber, braver Sohn und guter Bruder

Karl Merz

nach sehr schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im jugendlichen Alter von 16 Jahren sanft entschlafen ist.

Idstein, den 16. April 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Minna Merz Wwe.

Emil Merz.

Die Beerdigung findet Freitag, den 18. April, nachm. 4 Uhr vom Trauerhause, Schäfergasse 4, aus statt.

Prächtige Weine

im Faß und in Flaschen, 17er und 18er Naturwein

empfehlen sehr billig

Hubert Schütz & Co. Weinhandlung,

Wiesbaden, Nikolaistr. 28 am Hauptbahnhof, Telefon 6331.

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre über die Ursache des Stotterns und die Beseitigung desselben ohne Verursachung (D. R. P.). Die Zusendung erfolgt sofort in Konvert ohne Firma vollständig kostenlos.

H. Steinmeier, Hagenburg, (Schmb.-Vippe).



Ein mittelschweres Pferd zu verkaufen. Forst. Landsberg



1 Einlegschwein, sowie 2 Ferkel, hat zu verkaufen. Karl Becker, Niederaurolf.

Verloren.

Ein französischer Soldat hat am 13. d. Mts. seine Briefkassette (Inhalt 280—240 Frs.) verloren. Den Verlust bemerkte er am Bahnhof bei Abfahrt des Zuges 6.50 Uhr abends. Der Finder wird gebeten, dieselbe auf dem Regimentsbüro, Bahnhofstraße 21 (bei Vogt), abzugeben.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Kirche zu Idstein.

Donnerstag, den 17. April 1919, Gründonnerstag. Vormittags 10 Uhr: Lied 75. Beichtlied 82. Gottesdienst und Vorbereitung zum h. Abendmahl. Pfarrer Moser.

Freitag, den 18. April 1919, Karfreitag: Vormittags 10 Uhr: Lieder 82, 80. Feier des h. Abendmahls. Lieder 81 und 158.

Dejan Ernst.

Nachmittags 5 Uhr: Lied 80 1—3 und 10. Pfarrer Moser.

Katholische Kirche zu Idstein.

Donnerstag, den 17. April 1919, Gründonnerstag. Morgens 8 Uhr: Hochamt mit anschließender Uebertragung des Allerheiligsten in die Grabkapelle, den ganzen Tag stille Anbetung des Sakramentes, Abends 6 Uhr Schlussandacht.

Freitag, den 18. April 1919, Karfreitag. Beginn des liturgischen Gottesdienstes. Morgens 9 Uhr, den ganzen Tag stille Anbetung einer gekreuzigten Warmherzigkeit, Abends 6 Uhr Schlussandacht.

Samstag, den 19. April.

Morgens 1/6 Uhr: Weihe des Taufwassers, des Osterkerzes, 1/7 Uhr: Auferstehungs-Hochamt. Pfarrer Buscher.

Evangelische Kirche zu Niedernhausen.

Freitag, den 18. April 1919, Karfreitag. Nachmittags 1/2 Uhr: Gottesdienst, Beichtlied h. Abendmahl. Pfarrer Dietz.

Für die anlässlich unserer Vermählung uns entgegengebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen

herzlichen Dank.

Idstein, den 16. April 1919.

August Kaus,

Magistratsassistent,

und Frau, Paula geb. Heinemann.

Die Benutzung meiner Wiesen und Rasen als Weide kann ich für die Zukunft wegen den damit verbundenen Unannehmlichkeiten, Niemanden mehr gestatten.

Ph. J. Trinkaus, Damm-Mühle.

Wichtig für Landwirte!

Kreissäge-Böcke

zum Schneiden von Brennholz und Laften, für 3 u. 5 pfd. elektr. Motoren geeignet. Sofort lieferbar.

Julius Nöller,

Niedernhausen.

Eine gebrauchte, noch guterhaltene

Häckselmaschine

zu verkaufen.

Heinrich Kappus Sr., Idstein.

Ein kräftiger Junge zum

Holzschneiden

gesucht; auch kann derselbe das Schlosserhandwerk erlernen. Emil Hoffmann, Schlossermeister.

Jüngeres Mädchen

für leichte Hausarbeit, 2 Stunden vormittags gesucht, fogleich oder nach Ostern. Zu erfragen im Berl. der Idst. Ztg.

Umzugsh. zu verkaufen:

1 Rachel-Dauer-Brandofen, 1 Flurgarderobe, 142 cm breit und 1 gelber Jagdwagen, 1 und 2 spännig zu fahren.

Bausemann, Hof Gassenbach.